

Bürgerschaftliches Engagement und soziale Ungleichheit

Eine Untersuchung auf Basis des European Social Survey

Karin Heitzmann, Johanna Hofbauer, Stefanie Mackerle-Bixa, Guido Strunk

1. Verteilung – Demokratie – Zivilgesellschaft: Über den Zusammenhang von sozialer und demokratischer Frage

Der Zusammenhang von demokratischer Ordnung und Verteilung erhält seit den 1990er Jahren erneute Aufmerksamkeit im Rahmen der Auseinandersetzung mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Matthias Möhring-Hesse (2004) stellt hierzu fest: »In einer demokratischen Gesellschaft bemisst sich die soziale Gerechtigkeit vor allem daran, ob und in welchem Maße die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie gewährleistet werden, ob also alle Bürgerinnen und Bürger in den für sie jeweils relevanten gesellschaftlichen Prozessen ihre eigenen Interessen vertreten und sich in diesem Sinne umfassend beteiligen können.« Das Recht auf Partizipation reicht demnach zur Absicherung breiter demokratischer Beteiligung in der Gesellschaft nicht aus. Die Bürgerinnen und Bürger können ihre demokratischen Rechte vielmehr nur dann umfassend verwirklichen, wenn sie über ausreichende Ressourcen für Partizipationsleistungen verfügen. Demokratie und Verteilung stehen also in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis. Einerseits ist Partizipation durch die Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen vermittelt, Demokratieentwicklung profitiert von der gerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Umgekehrt wird die Verbesserung bzw. Absicherung von Verteilungsgerechtigkeit in Gesellschaft über demokratische Prozesse geregelt. Im Rahmen dieser demokratischen Prozesse gilt es etwa, die ökonomische Übermacht einzelner Gruppen zu verhindern, die die Beteiligungsrechte anderer Gesellschaftsmitglieder einschränken könnten (vgl. ebd.).

Neben der Frage der Verteilungsgerechtigkeit wird Demokratiefähigkeit heute im Zusammenhang mit der Entwicklung moderner Zivilgesellschaft erörtert. Unter den verschiedenen demokratietheoretischen Ansätzen zur Bedeutung zivilgesellschaftlicher Vereine, Assoziationen und Gesellschaften greifen wir an dieser Stelle nur zwei heraus (vgl. Klein, 2001: 311 ff.): Zum einen die Vorstellung von Zivilgesellschaft als einer Art »Schule der Demokratie« – ein eindringliches Bild im Rahmen der Konzeption »assoziativer Demokratie«, das auf Prozesse demokratischer Sozialisation im Organisationsgefüge von Verbänden, Vereinen und Netzwerken verweist. Ein weiteres Verständnis von Zivilgesellschaft wurde von sozialen Bewegungen und NGOs geprägt. Im Vordergrund steht hier die Vorstellung von Zivilgesellschaft, die an der Seite des Staates eigenständige Funktionen übernimmt. So liegt die demokratiepolitische Bedeutung von Ehrenämtern und bürgerschaftlichem Engagement darin, den Staat zu ergänzen, oder auch zu stabilisieren und zu dynamisieren. Die politische Funktion zivilgesellschaftlicher Vereine, Assoziationen und Netzwerke ist

mit der sozialen Funktion i.S. von Zivilgesellschaft als Medium sozialer Inklusion verbunden (vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage der sozialen Ungleichheit.

2. Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit

Zivilgesellschaft meint »(...) ein Gemeinwesen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der politischen Demokratie selbst organisieren und auf die Geschicke des Gemeinwesens einwirken können. Im Spannungsfeld von Markt, Staat und Familie wird Bürgergesellschaft überall dort sichtbar, wo sich freiwillige Zusammenschlüsse bilden, wo Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten genutzt werden.« (Olk, 2003: 312) Die WHO definiert Zivilgesellschaft als einen Bereich, der allen Bürgerinnen und Bürgern zum Engagement offen steht (WHO, 2002: 4). Verschiedene Beteiligungsformen wie etwa Mitgliedschaften in Nonprofit Organisationen (NPOs), ehrenamtliche Arbeit oder Spenden werden dabei als fördernde Elemente für die individuelle Persönlichkeitsbildung, politische Sozialisation und die Entwicklung eines sozialen Verantwortungsbewusstseins beschrieben. Eine verstärkte Partizipation innerhalb der Zivilgesellschaft könne damit – so auch die Hoffnung der Politik – die Integration unterschiedlichster sozialer Gruppen fördern und einen Beitrag zur Stärkung des gesamtgesellschaftlichen Sozialkapitals leisten.

Betrachtet man allerdings Beteiligungsmuster in der Zivilgesellschaft, so zeigt sich auf den ersten Blick eine Ungleichverteilung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen: Analysen des ALLBUS 2002 (»Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften«) zur BürgerInnenbeteiligung in Deutschland kommen beispielsweise zu dem Ergebnis, dass bürgerschaftliches Engagement in enger Verbindung mit Bildungsniveau und Einkommen steht. In punkto Bildung zeigt sich eine weitaus höhere Beteiligung von AbsolventInnen einer höheren Schule im Vergleich zu jenen mit Hauptschulabschluss oder ohne abgeschlossene Pflichtschule. Nur im Bereich der Gewerkschaften sind ArbeiterInnen traditionell stärker aktiv, ihre Beteiligung liegt jedoch auch hier unterhalb der höher gebildeten Personen. Ein ähnlicher Zusammenhang besteht für den Faktor Einkommen: Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, partizipieren sowohl im Bereich der Politik als auch der Zivilgesellschaft deutlich weniger als der wohlhabendere Teil der Bevölkerung (Engels, 2004: 26f). Auch in österreichischen Studien zeigt sich, dass sich eher höher gebildete und im Arbeitsleben stehende Personen engagieren. So liegt der Beteiligungsgrad von AkademikerInnen in NPOs bei 37% während sich Personen mit Pflichtschulabschluss nur zu 19% beteiligen. Der Anteil an Arbeitslosen und Personen in Elternkarenz liegt zudem weit unter demjenigen der Erwerbstätigen (Gross, 2007: 3).

Es existieren also auch im Bereich der Zivilgesellschaft soziale Gruppen, deren Zugangschancen zu einem Engagement beschränkt sind: je weiter man am Rande der Gesellschaft steht, desto unwahrscheinlicher scheint BürgerInnenbeteiligung zu werden (u. a. Gabriel, 2002).

Der Beitrag befasst sich mit den Bedingungen für Partizipation an der österreichischen Zivilgesellschaft sowie mit dem Zusammenspiel von sozialer Ungleichheit, Exklusion und Beteiligung¹. Folgende Fragen werden aufgeworfen:

Welche Rolle spielen Einkommen, Bildung und Sozialkontakte für bürgerschaftliches Engagement?

Welche anderen Faktoren beeinflussen Beteiligung darüber hinaus?

Grundlage der empirischen Forschung ist der *European Social Survey* (ESS), ein internationaler Datensatz, der im Jahr 2002/2003 ein Modul zum Thema »*Citizenship, Involvement and Democracy*« für 19 europäische Länder – darunter auch Österreich – beinhaltet.

3. Empirische Hinweise auf Einschluss- und Ausschlussmechanismen in Österreich

Der *European Social Survey* (ESS) ist ein internationales Projekt der Europäischen Kommission und *European Science Foundation* in Zusammenarbeit mit verschiedensten nationalen Forschungseinrichtungen und befasst sich mit Einstellungen und Lebensbedingungen der Menschen in Europa. Jedes zweite Jahr werden in rund 20 europäischen Ländern Erhebungen durchgeführt, die sich auf Themen wie politische bzw. religiöse Haltungen, Arbeitsbedingungen oder die familiäre Situation beziehen. Die Erhebungswelle 02/03 enthielt das Modul »*Citizenship, Involvement and Democracy*«, das verschiedene Formen der BürgerInnenbeteiligung einschließt. Insgesamt umfasst der ESS 02/03 an die 45.000 Befragte – knapp 2300 Fälle allein für Österreich (ESS, 2002/2003).

Anhand des ESS werden drei verschiedene Formen der BürgerInnenbeteiligung untersucht:

- 1) Mitgliedschaft in Nonprofit Organisationen
- 2) Freiwilligenarbeit in NPOs
- 3) Spenden

Für jede Beteiligungsform werden 11 verschiedene Tätigkeitsbereiche von NPOs wie Sport, Kultur, Menschenrechte, Umweltschutz, etc. erfasst. Die Summe der Organisationen in der eine Person Mitglied ist, bei der sie Freiwilligenarbeit leistet oder an die sie spendet, beschreibt das Ausmaß der BürgerInnenbeteiligung in den drei Formen. Die so erzeugten Skalen verfügen über eine ausreichende Messgenauigkeit (Reliabilität).

Einflussfaktoren auf die Beteiligung von BürgerInnen an diesen drei Beteiligungsformen werden mittels multivariater statistischer Verfahren herausgefiltert. Ziel ist es, die Zugangsbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu analysieren und die Funktion der Zivilgesellschaft, ein Schutzschild gegen Desintegration und ungleiche Machtverhältnisse zu bilden, zu hinterfragen. Mögliche Einflussfaktoren für eine BürgerInnenbeteiligung können mit Bezug auf Pierre Bourdieu (1983) für alle vier von ihm vorgeschlagenen Kapitalienarten vermutet werden. Als Einflussfaktoren aus dem Bereich des ökonomischen Kapitals werden Variablen herangezogen, die sich direkt auf die finanzielle Lage der Befragten beziehen (z. B. Netto Jahreseinkommen, Ausmaß der Beschäftigung in bezahlter Arbeit). Das kulturelle Kapital umfasst neben der eigenen Bildung auch Aspekte der primären Sozialisation, die sich aus dem Bildungsstand der Herkunftsfamilie ergeben. Mit dem sozialen Kapital sind im Wesentlichen soziale Netzwerke gemeint. Schließlich bezieht sich das symbolische Kapital auf das Prestige oder die Macht, die eine Person besitzt. Es zeigt sich z. B. über den sozioökonomischen Status, den die Person aus ihrer Berufszugehörigkeit bezieht (Ganzeboom, De Graaf, Treiman, & De Leeuw, 1992). Neben Variablen, die sich direkt auf die vier Kapitalien beziehen, werden als weitere mögliche Einflussfak-

toren Wertvorstellungen und Einstellungen untersucht. Diese decken z. B. politische Interessen, Religiosität oder Vertrauen in Menschen und politische Organisationen ab. Als weitere mögliche Einflussfaktoren werden zudem soziodemographische Daten (Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Familiensituation) und Kontextfaktoren (Lebensumgebung: Stadt oder Land) analysiert. Eine vollständige Liste der erfassten Variablen findet sich in Tabelle 1.

Tabelle 1: Mögliche Einflussgrößen

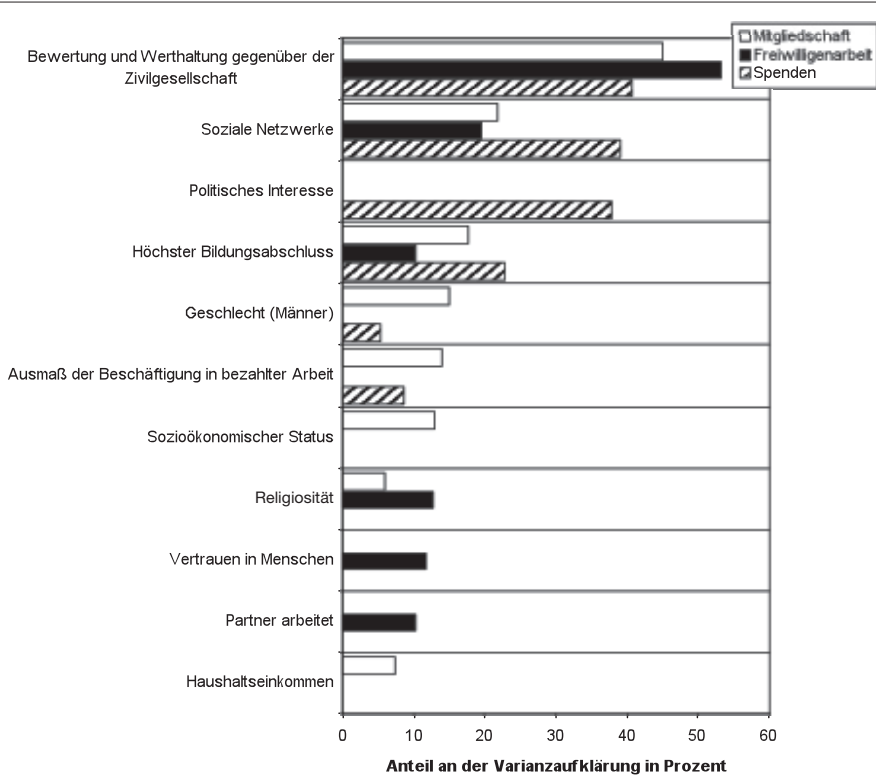
Kategorie	Variable
Ökonomisches Kapital	Netto Jahreshaushaltseinkommen Ausmaß der Beschäftigung in bezahlter Arbeit Partner war in den letzten 7 Tagen in bezahlter Arbeit tätig Partner war in den letzten 7 Tagen im Haushalt bzw. in der Kinderbetreuung tätig Partner war in den letzten 7 Tagen pensioniert
Kulturelles Kapital	Höchster Bildungsabschluss Höchster Bildungsabschluss des Vaters Höchster Bildungsabschluss der Mutter Sozioökonomischer Beschäftigungsstatus des Vaters Sozioökonomischer Beschäftigungsstatus der Mutter
Soziales Kapital	Soziale Netzwerke und Aktivitäten mit Freunden
Symbolisches Kapital	Sozioökonomischer Beschäftigungsstatus gemessen über den International Socio-Economic Index of Occupation Status (ISEI)
Einstellungen und Werte	Politische Interessen Religiosität Bewertung und Werthaltung gegenüber der Zivilgesellschaft Vertrauen in Menschen Vertrauen in politische Institutionen
Soziodemographische Variablen und Kontextfaktoren	Geschlecht Alter Eigener Gesundheitszustand Familiensituation: Großfamilie oder AlleinerzieherIn Lebensumgebung: Stadt oder Land Person ist Mitglied einer Gruppe von Menschen, die in Österreich diskriminiert wird

4. Ergebnisse

Die Analysen zeigen, dass rund 73% aller ÖsterreicherInnen Mitglieder in Nonprofit Organisationen sind. Die wichtigsten Felder sind in der Reihenfolge ihrer Bedeutung: Konsumenten/Automobil (32%), Religion (30%), Sport (25%), Gewerkschaften (21%). Freiwilligenarbeit wird von rund 13% der Befragten geleistet, wobei relativ gleichauf die Bereiche Sport (3%), Kultur (3%) und Religion (3%) dominieren. Rund 36% berichten über Spenden an NPOs mit Umweltorganisationen (17%) an der Spitze, gefolgt von humanitären (14%) und religiösen (13%) Organisationen.

Im Detail werden die Ergebnisse der multiplen Regressionsanalyse in der Abbildung 1 dargestellt.

Abbildung 1: Signifikante Einflussgrößen



Die Abbildung zeigt, wie hoch der Einfluss einer Variable für die jeweilige Beteiligungsform ist. Dargestellt werden nur statistisch bedeutsame Faktoren, die mindestens einen Anteil von 5% der Varianzaufklärung erreichen. Je größer der eingezeichnete Balken, um so größer ist auch der Einfluss der Variablen auf die Beteiligungsform. Alle Einflüsse sind positiv zu interpretieren, so dass z. B. eine höhere Bewertung und positive Werthaltung gegenüber der Zivilgesellschaft einhergeht mit einer höheren Beteiligung. Die Ergebnisse für das Geschlecht weisen für Männer auf positive Effekte und für Frauen auf negative Effekte hin; im Gegensatz zu Frauen sind Männer häufiger Mitglieder und spenden auch häufiger. Die dargestellten Analyseergebnisse berücksichtigen keine Interaktionsmuster, die zwischen den verschiedenen Einflussfaktoren aber durchaus vorkommen könnten.

Um komplexe Interaktionsmuster zwischen den Einflussfaktoren nicht zu vernachlässigen, wurden Interaktionsanalysen (CHAID-Analysen: *Chi-Quadrat-Automatic-Interaction-Detection*) durchgeführt. Die Ergebnisse der Interaktionsanalysen werden in den Abbildungen 2, 3 und 4 dargestellt.

Die Interaktionsanalysen beruhen auf einem Verfahren, welches alle befragten Personen so in Gruppen und Untergruppen aufteilt, dass Unterschiede zwischen ihnen deutlich sichtbar werden. So zeigt sich z. B. in Abbildung 2, dass die Personen mit einer besonders hohen Bewertung der Zivilgesellschaft auch besonders hohe Beteiligungsraten (71%) aufweisen. Diese Personen lassen sich nicht weiter in Unter-

Abbildung 2: Signifikante Interaktionen zwischen Einflussgrößen für die Beteiligungsform: Mitgliedschaft

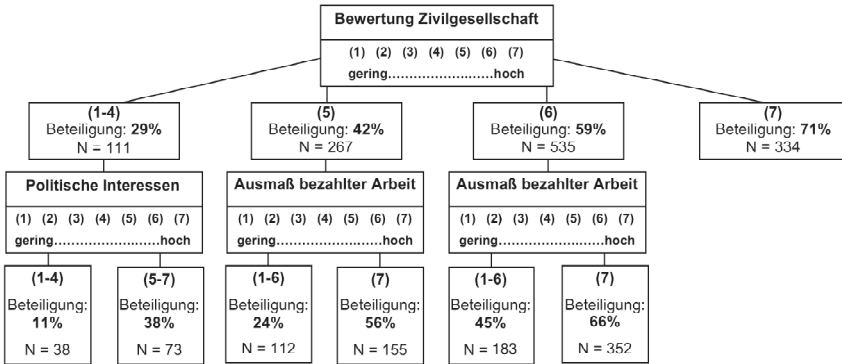


Abbildung 3: Signifikante Interaktionen zwischen Einflussgrößen für die Beteiligungsform: Freiwilligenarbeit

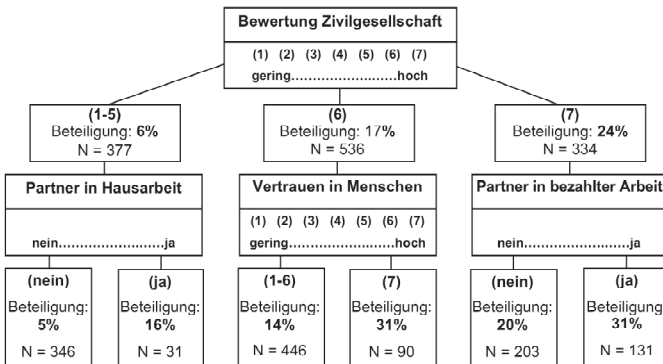
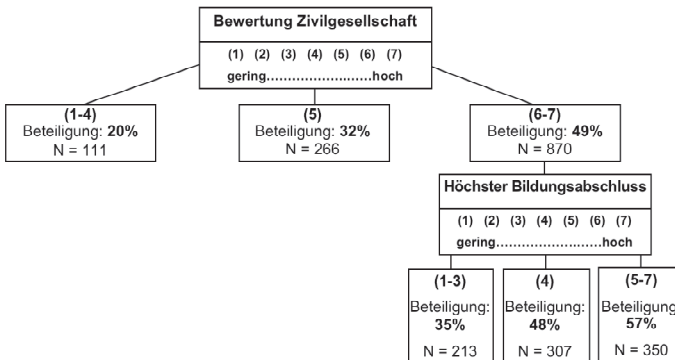


Abbildung 4: Signifikante Interaktionen zwischen Einflussgrößen für die Beteiligungsform: Spenden



gruppen unterteilen; sie sind also weitgehend homogen. Im Gegensatz dazu lassen sich die Personen, die die Zivilgesellschaft nicht so hoch bewerten (links im Bild), noch genauer spezifizieren. Wie die Abbildung 2 zeigt, ist bei einer geringen Bewertung der Zivilgesellschaft das Ausmaß des politischen Interesses eine wichtige Variable, um weitere Unterschiede innerhalb dieser Personengruppe aufzuzeigen. Bei einer mittleren Bewertung der Zivilgesellschaft spielen wiederum andere Faktoren (das Ausmaß in dem die befragte Person einer bezahlten Arbeit nachgeht) eine Rolle für weitere Unterschiede in der BürgerInnenbeteiligung. Die Zahl der Gruppen und Untergruppen ist nicht im vorhinein vorgegeben, sondern wird je nachdem, ob Unterschiede gefunden werden oder nicht, vom statistischen Verfahren erst ermittelt.

Für die Interpretation der Interaktionsanalysen gilt es zudem einige Besonderheiten zu berücksichtigen. Die in den Abbildungen präsentierten Prozentzahlen verweisen auf das Ausmaß der BürgerInnenbeteiligung, gemessen als Anteil der Personen, die eine überdurchschnittlich hohe Beteiligung zeigen. Die jeweilige Größe der Stichprobe wird darunter als N angegeben (N entspricht also 100%). Die grafische Darstellung zeigt in der obersten Zeile jeweils die wichtigste Einflussgröße (untergeordnete Einflussfaktoren folgen darunter). Für alle drei Beteiligungsformen ist die wichtigste Einflussgröße die Bewertung und Werthaltung gegenüber der Zivilgesellschaft. In jedem Fall wächst das Ausmaß der BürgerInnenbeteiligung mit der positiven Bewertung der Zivilgesellschaft.

Die Analysen zeigen drei wesentliche Ergebnisse:

- **Die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Werthaltungen:** Unabhängig von der konkreten Form der BürgerInnenbeteiligung ist die bedeutsamste Einflussgröße in allen durchgeführten Analysen die Bewertung und Werthaltung gegenüber der Zivilgesellschaft. Personen mit einer hohen Werthaltung gegenüber der Zivilgesellschaft betonen, dass es wichtig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden und Menschen zu unterstützen, denen es schlechter geht. Sie zeigen ein starkes Interesse an Politik und Nonprofit Organisationen. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung kann nicht geklärt werden, ob es sich bei dieser Variablen um eine Ursache oder um eine Wirkung handelt. Insofern muss offen bleiben, ob die befragten Personen sich zivilgesellschaftlich engagieren, weil sie eine positive Werthaltung gegenüber der Zivilgesellschaft besitzen oder ob sich diese Werthaltung erst durch ihre Beteiligung herausbildet.
- **Es scheint Ausschluss- und Einschluss-Mechanismen zu geben:** Es finden sich zahlreiche statistisch signifikante Einflussgrößen, die darauf verweisen, dass die Kapitalienausstattung eine Bedeutung für die BürgerInnenbeteiligung besitzt. Unabhängig von der konkreten Form der Beteiligung ist die zweitwichtigste Einflussgröße das soziale Kapital – aber auch für dieses ist die Kausalrichtung nicht eindeutig zu klären. Dies fällt leichter für Kapitalien, die sich durch eine Beteiligung nicht verändern und damit als direkte Einflussgrößen angesehen werden können. So spielen z. B. der höchste erreichte Bildungsabschluss, das Geschlecht, die Erwerbstätigkeit, der sozioökonomische Status und das Haushalsteinkommen eine wichtige Rolle bei der Mitgliedschaft in Nonprofit Organisationen. Freiwilligenarbeit geht etwas mehr einher mit positiven Werthaltungen (Religiosität und Vertrauen in Menschen) zeigt aber ebenfalls den Einfluss der Kapitalien (Erwerbstätigkeit des Partners und höchster Bildungsabschluss). Die Beteiligung durch Spenden an NPOs geht zunächst einher mit einem hohen politischen Interesse, wird

dann aber ebenfalls durch den höchsten erreichten Bildungsabschluss und die Erwerbstätigkeit mitbestimmt.

- **BürgerInnenbeteiligung ist ein hoch komplexer Bereich:** Tiefergehende Analysen zeichnen ein sehr komplexes Bild von möglichen Einflüssen auf die BürgerInnenbeteiligung. So zeigen sich komplexe Interaktionen zwischen den beteiligten Variablen. Z. B. besitzen »Politische Interessen« bei Personen mit einer negativen Beurteilung der Zivilgesellschaft eine besonders starke Bedeutung für die Mitgliedschaft in NPOs. In der Gruppe der Personen, die die Werte der Zivilgesellschaft negativ beurteilen und zudem politisch desinteressiert sind, finden sich nur mehr 11 %, die Mitglieder in Nonprofit Organisationen sind. Das ist insgesamt der geringste Wert (ansonsten spielen politische Interessen hier keine Rolle). Zudem muss festgestellt werden, dass die herangezogenen Variablen nicht in der Lage sind, alle Facetten im Ausmaß der BürgerInnenbeteiligung zu erfassen. Die Analysen weisen darauf hin, dass noch andere, als die hier untersuchten Einflussfaktoren eine wichtige Rolle spielen könnten.

Lässt man die Einflussfaktoren außer Acht, bei denen man nicht sicher klären kann, ob sie eine Folge der Beteiligung sind oder diese erst anregen, so ergeben sich folgende bedeutsame Zusammenhänge:

- Die Mitgliedschaft in Nonprofit Organisationen ist wahrscheinlicher für Personen, die einen höheren Bildungsabschluss aufweisen, für Männer, für Personen, die einer bezahlten Beschäftigung nachgehen, für Personen, mit einem höheren sozioökonomischen Status und einem höheren Haushalteinkommen.
- Freiwilligenarbeit in NPOs ist wahrscheinlicher für Personen, die einen höheren Bildungsabschluss aufweisen und deren Partner im Arbeitsleben steht. Das Geschlecht selbst zeigt hier keinen signifikanten Einfluss – allerdings erfasst die Variable »Partner in bezahlter Arbeit« einen wichtigen Geschlechtereffekt, denn tendenziell sind es Frauen, auf deren freiwillige Tätigkeit die Erwerbstätigkeit des Partners positiv wirkt.
- Spenden an zivilgesellschaftliche Organisationen sind wahrscheinlicher für Personen, die einen höheren Bildungsabschluss aufweisen, für Männer und für Personen, die einer bezahlten Beschäftigung nachgehen.

Die empirischen Befunde lassen somit an einer romantischen Vorstellung von bürgerschaftlichem Engagement als Lösung für politische und soziale Integrationsprobleme moderner Gesellschaften zweifeln. Der Zugang zu Mitgliedschaft, Freiwilligenarbeit oder Spenden hängt nicht nur mit der persönlichen Bereitschaft oder den Werthaltungen der Individuen zusammen, sondern auch mit ihren sozialen und ökonomischen Voraussetzungen. Nonprofit Organisationen erhöhen also nicht per se soziale Integration bzw. reduzieren Machtungleichheiten, sondern können ebenso gut ein Schauplatz der Reproduktion von Exklusion und sozialer Ungleichheit im Bereich der Zivilgesellschaft sein.

Literatur

- Bourdieu, P. (1983) Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. *Soziale Welt, Sonderband 2: »Soziale Ungleichheit«, (hg. v. Kreckel, Reinhard):* 183-198.
- Engels, D. (2004) Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft. Köln: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V.
- ESS. 2002/2003. European Social Survey, Vol. 2008.
- Gabriel, O. W. (2002) *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: WUV-Univ.-Verl.
- Ganzeboom, H. B. G., De Graaf, P. M., Treiman, D. J., & De Leeuw, J. (1992) A Standard International Socio-Economic Index of Occupational Status. *Social Science Research*, 21: 1-56.
- Gross, I. (2007) Struktur und Volumen der Freiwilligenarbeit in Österreich. In BMSK (Ed.). Wien.
- Klein, A. (2001) *Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung*. Opladen: Leske und Budrich
- Möhring-Hesse, M. (2004) *Die demokratische Ordnung der Verteilung. Eine Theorie der sozialen Gerechtigkeit*. Frankfurt a. Main: Campus.
- Olk, T. (2003) Bürgerschaftliches Engagement. Eckpunkte einer Unterstützung freiwilliger und gemeinwohlorientierter Aktivitäten in Staat und Gesellschaft. *neue praxis*, 3-4.
- WHO. (2002) Understanding Civil Society. Issues for WHO. Discussion paper No. 2, *World Health Organisation. Civil Society Initiative. External Relations and Governing Bodies*.

Anmerkung

- 1 Die Forschung ist Teil des Netzwerkes CINEFOGO – »Civil Society and New Forms of Governance in Europe«, einem Network of Excellence im 6. Rahmenprogramm der EU (www.cinefogo.org).
Projektteam CINEFOGO Österreich: Ass. Prof. Dr. Karin Heitzmann, a. o. Univ. Prof. Dr. Johanna Hofbauer, Mag. Stefanie Mackerle-Bixa, Univ. Prof. Dr. Michael Meyer, DDr. Guido Strunk (alle WU Wien).